

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

3.5.1922 (No. 102)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortl.ig:
Hauptredakteur
C. K. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, belbe
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 M. — Einzelnummer 1. — M. — Anzeigengebühr: 1.20 M. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anläßliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Verbreitung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Zuseher keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Neue Erleichterungen für die Vorbereitung der Kriegsteilnehmer zur juristischen Laufbahn.

Die nach dem Reichsgesetz über die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt vom 19. April 1919 konnige Rechtsstudierenden, deren Ausbildung durch die Teilnahme an Kriegen eine Verzögerung erlitten hat, der juristische Vorbereitungsdienst nur insoweit gekürzt werden, als nicht schon das dreijährige Rechtsstudium durch die Anrechnung von Zwischenjahren eine Abkürzung erfahren hatte. Diese Einschränkung ist nunmehr durch das Reichsgesetz vom 12. April 1922 beseitigt worden. Das Justizministerium hat daher im Benehmen mit dem Ministerium des Innern allgemein verfügt, daß künftig auf Antrag eine Kürzung des dreijährigen Vorbereitungsdienstes um höchstens ein Jahr, soweit dies zum Ausgleich einer durch den Kriegsdienst verursachten Verzögerung der Ausbildung erforderlich ist, auch dann stattfinden kann, wenn bereits das Rechtsstudium durch die Anrechnung von Zwischenjahren gekürzt worden ist. Referendare haben ihre Anträge spätestens bis Ende Mai d. Js. beim Justizministerium einzureichen.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitsmarktlage ist im wesentlichen gleich geblieben. Infolge Ungunst der Witterung mußte die Erwerbslosenfürsorge allerdings etwas mehr als in der Vorwoche in Anspruch genommen werden, die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen stieg von 500 auf 520, auf der andern Seite ist jedoch eine Abnahme der Notstandsarbeiter von 1023 auf 877 festzustellen, die teils in vorübergehender Einstellung der Notstandsarbeiten infolge schlechter Witterung, teils in Arbeitsvermittlung ihren Grund hat. Auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt machte sich vermehrte Nachfrage nach Dienstpersonal und zwar insbesondere nach Pferdebedienten, Melkern, Nebendienten, Diensthunden und Wägern geltend. — Nicht völlig gedeckt werden konnte die schon lange andauernde lebhafteste Nachfrage nach Steinbrechern und Steinhauern in der Industrie der Steine. — Sehr erheblich ist der Kräftebedarf in der Porzellan- und Schmelzwareindustrie; hier sind insbesondere Metallbrüder, Glaser, Silberarbeiter für Montage von Großstücken und Emailmalerei gesucht. — In der gleichfalls hochbeschäftigten Textilindustrie ist ein neues Lohnabkommen geschlossen worden. — Im Genussmittelgewerbe hat sich die Nachfrage nach Arbeitern für die Zigarrenfabrikation etwas belebt. — Im Bekleidungsgebiete hält der starke Bedarf an Schneidern an, arbeitssuchende Schuhmacher (jüngeren Alters) sind noch in größerer Zahl vorhanden, hingegen macht sich Mangel an selbständigen Kräften für erklaffige Magarbeit fühlbar. — In dem an sich sehr aufnahmefähigen Baugewerbe schwankte die Nachfrage vorübergehend infolge der schlechten Witterung. — Im Gastgewerbe ist sowohl der Bedarf an selbständigen Köchinnen als auch an Küchenhilfspersonal sehr erheblich geblieben. Die dem Stadt-Arbeitsamt Baden-Baden neuerdings angegliederte Landesvermittlungsstelle für das Hotel- und Gastgewerbe erfreut sich bereits reger Inanspruchnahme.

* Genua.

XII.

Wenn es in Genua so weitergeht, wie in den letzten Tagen, wird die Konferenz schließlich am Genus der französischen Extrawürste sterben. Bisher ist auch noch nicht eine Frage behandelt worden, in der nicht Frankreich, unterstützt von Belgien, sich seine Extrawurst zubereiten hätte. Man muß schließlich geradezu den Eindruck gewinnen, als ob es Frankreich nur darauf ankomme, die Konferenz lächerlich zu machen und seine Alliierten zu brüskieren.

Allerdings hat Frankreich von vornherein eine Methode gewählt, die ihm ein solches Verhalten scheinbar gestattet. Es hat seinen Ministerpräsidenten in Paris zurückgelassen und eine Delegation nach Genua geschickt, die in allem und jedem an die Weisungen Poincarés gebunden ist. Im schlimmsten Falle kann aber auch noch der Ministerpräsident auf die Tatsache zurückgreifen, daß nach den letzten Beschlüssen der französischen Kammer die Regierung erst dann internationalen Abmachungen zustimmen darf, wenn das Parlament vorher seine Zustimmung erteilt hat. Es ist klar, daß auf diese Weise ein ersprießliches Zusammenarbeiten von vornherein so gut wie unmöglich gemacht wurde. Der Optimismus Lloyd Georges und der übrigen Konferenzteilnehmer hat sich indessen darüber hinweggesetzt, und zwar offenbar von der Erwägung ausgehend, daß es durchaus nichts schaden kann, wenn auf dieser Konferenz vor der ganzen Welt die Intransigenz und der böse Wille Frankreichs bewiesen wird.

Das ist denn auch gründlich geschehen. Auch gestern wieder hat Frankreich in Übereinstimmung mit Belgien seine Unterschrift unter das Memorandum an die Russen verweigert, obwohl sich die Franzosen und die Belgier an der Redigierung des Memorandums beteiligt hatten, und man annehmen mußte, daß auch sie im Großen und Ganzen mit dem Entwurf einverstanden seien. Inzwischen ist aber von Paris aus der gemessene Befehl ergangen, nicht zu unterzeichnen; Poincaré hat verkünden lassen, daß Frankreich sich seine Entscheidung noch vorbehalten. Das Memorandum ist nun ohne die Unterschrift Frankreichs und Belgiens den Russen überreicht worden.

Was den Wortlaut des Memorandums betrifft, so wird er erst heute veröffentlicht werden. Doch wird mit aller Bestimmtheit versichert, daß der zu Kompromissen geneigte englisch-italienische Standpunkt den Inhalt des Memorandums bestimme. Nachdem nun aber Frankreich seine Unterschrift verweigert hat, ist jetzt eine neue krisenhafte Situation entstanden.

Wenn auf der Konferenz nicht einmal eine Einigung über die russische Frage zustande käme, dann würde allerdings in wirtschaftlicher Hinsicht das unmittelbare, praktische Ergebnis der Beratungen gleich null sein. Alle die Fragen, die bisher Europa verwirrt haben, blieben offen. Und die Völker müßten zusehen, wie sie sich weiter durch die nächsten Monate hindurchwursteln.

Von der allgemeinen Friedensresolution, mit der nach Lloyd Georges Willen die Konferenz schließen soll, hat man in den letzten Tagen wenig gehört. Allerdings ist gerade diese Angelegenheit mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft. Die eigentliche Bedeutung jener Erklärung würde doch darin bestehen, daß Frankreich durch einstimmigen Beschluß der Völkergewaltungen wird, von seiner Politik des Imperialismus und der Aggressivität abzulassen. Ferner aber würde eine solche allgemeine Friedensresolution Sonderverträge militärischer Art vollkommen überflüssig machen. Man wüßte nicht recht, was dann, wenn alle Völker sich ohnehin für zehn Jahre zu einer friedlichen Politik verpflichten, ein englisch-französischer Garantievertrag noch für einen Zweck haben sollte. Ja, es würde ein solcher Sondervertrag der Tendenz der allgemeinen Friedensresolution geradezu widersprechen.

Die Franzosen haben dies auch ganz richtig erkannt und versuchen nun ihrerseits, entweder die allgemeine Friedensresolution zu sabotieren oder aber ihr eine solche Fassung zu geben, daß die französischen Sonderpläne auch unter der Herrschaft dieser Resolution verwirklicht werden könnten. Das heißt: die Franzosen wollen in irgend einer Form die Grundsätze ihrer gegen Deutschland gerichteten Sanktionspolitik, die aber letzten Endes nichts anderes ist als eine Eroberungspolitik, in die allgemeine Friedensresolution mit hineinverarbeiten. Daß sich England und Italien, dazu aber auch die große Mehrheit aller übrigen Mächte dagegen wehren, wird jeder begreifen, der den wahren Sinn dessen, was Lloyd George mit der ganzen Resolution beabsichtigt, verstanden hat.

Jedenfalls zeigt die Politik Lloyd Georges die erfreulicherweise die öffentliche Meinung fast ganz Europas hinter sich hat, daß die Zeit der Ententen einzelner Nationen vorüber ist, und daß an deren Stelle die große, allumfassende europäische Entente treten soll. Die Politik der Allianzen, der militärischen Schutz- und Trutzbündnisse würde verschwinden müssen und einer wahren Völkervereinigung, einer Politik des Friedens und des friedlichen Wettbewerbs Platz machen. Damit ist allerdings den französischen Ambitionen wenig gedient. Und so führt denn auch Frankreich jetzt einen Verzweiflungskampf dagegen, daß die Idee Lloyd Georges realisiert werde.

Frankreich weiß ganz genau, daß sich die barbarischen und aberwitzigen Bestimmungen des Friedensvertrags mit einer solchen Völkervereinigung nicht vereinbaren lassen. Es weiß, daß es dann Konzeptionen im Sinne der Verunft und der Gerechtigkeit zu machen haben wird. Und dagegen sträubt es sich.

Ob es inzwischen die Gefahren, die ihm selbst aus diesem Verhalten drohen, richtig erkannt hat, ist von hier aus schwer zu beurteilen. Tatsache ist, daß Poincaré bei einem Empfang englischer Journalisten sich von neuem bemüht hat, den schlechten Eindruck seiner in Bar-le-Duc gehaltenen Rede abzuschwächen. Eine Notwendigkeit, den Obersten Rat vor Anfang Juni zusammenzuberaufen, sieht er nach wie vor nicht ein. Aber er begründet diesen seinen Standpunkt mit Sätzen, die, wenn sie richtig wiedergegeben worden sind und die ehrliche Meinung Poincarés enthalten, geradezu eine Art Abriicken von der bisher proklamierten Politik der Gewalttätigkeiten bedeuten. Poincaré betont nämlich, daß es keineswegs ausgemacht sei, daß die Reparationskommission bereits am 31. Mai ein Versagen Deutschlands befänden werde; man müsse auch mit der Möglichkeit rechnen, daß die Kommission das provisorische Moratorium noch um einige Monate verlängere. Davon, daß also schon am 1. Juni Sanktionsmaßnahmen durchgeführt werden müßten, ist jetzt keine Rede mehr.

Man wird abzuwarten haben, ob Poincaré wirklich zu einer kleinen Nachgiebigkeit in dieser Frage bereit ist, oder ob seine Mitteilungen lediglich ein Beruhigungspulver für die öffentliche Meinung in England sind, und zwar ein Beruhigungspulver, das schon dann seinen Zweck erfüllen würde, wenn es nur für einige Zeit wirkt.

Noch ist der englisch-französische Gegensatz vollkommen unüberbrückt. Wie die Entwicklung der nächsten Tage verlaufen wird, das wird im wesentlichen von der Fähigkeit und Entschlußkraft Lloyd Georges abhängen. Steht der britische Ministerpräsident zu seinen Worten von der vorigen Woche, so wird sich so oder so sehr rasch eine Lösung finden lassen, die endlich einmal einen Schlußstrich zieht und Frankreich die Rolle zuweist, die ihm nach Maßgabe seiner wahren Bedeutung und nach Maßgabe der Gerechtigkeit zukommt.

Der bayrische Ministerpräsident in Karlsruhe.

An dem gestrigen Mittagessen, welches zu Ehren des bayrischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld in den Räumen des Staatsministeriums gegeben wurde, nahmen sämtliche Mitglieder der badischen Regierung teil. Einladungen waren ergangen an das Präsidium des Landtags, die Führer der Fraktionen, die Ministerialdirektoren, die Vertreter der Stadtverwaltung Karlsruhe, die badischen Reichstagsabgeordneten, die Reichsbehörden, die Vertreter der Presse, der Gewerkschaften und des Beamtenbundes, der Geistlichkeit, der Technischen Hochschule und der Kunstschule sowie die Präsidenten der Handels- und Handwerkskammer usw.

Während des Essens wurden folgende Reden gewechselt: Staatspräsident Dr. Hummel:

„Herr Ministerpräsident! Sehr verehrte Herren! Ich glaube mit Recht sagen zu dürfen, daß ich im Namen des ganzen badischen Landes und im Namen des ganzen badischen Volkes spreche, wenn ich den bayrischen Herrn Ministerpräsidenten, Herrn Grafen Lerchenfeld, bei uns hier in Karlsruhe auf das herzlichste und aufrichtigste begrüße.“

Der Name des bayrischen Herrn Ministerpräsidenten ist für uns in Süddeutschland und in Deutschland ein Programm. Wir wissen, daß er seine Politik aufgebaut hat auf dem Geiste der Verhältnismäßigkeit und des Ausgleichs der Gegensätze, und daß an der Spitze seiner Politik die Forderung nach einer nationalen Politik steht. Das sind die Linien, die seine Politik auch bei uns in Baden so sympathisch gemacht haben, und für die wir ihm dankbar sind.

Bayern und Baden grenzen an drei Stellen aneinander: im Hinterland, am See und längs des Rheins an der Pfälzer Linie. Indem wir an die Pfalz denken, an das Land jenseits des Rheins, werden wir mit Stolz und mit Behmut erfüllt, mit Behmut über die Lage, in die die Pfalz durch die Befreiung durch die feindlichen Kruppen gekommen ist, mit Stolz über den aufrechten deutschen Sinn seiner Bevölkerung.

Meine sehr verehrten Anwesenden! Ich glaube, es ist kein Zufall, daß gerade in der Pfalz der Sitz starker nationaler Bestimmung ist. Ich glaube nicht, zu weit zu gehen, wenn ich

Mit einer Beilage: 41. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

sage, dieser starke nationale Zug ist nicht zuletzt zu führen auf die Erfolge der bayerischen Politik in der Pfalz. Und wenn es so gelungen ist, durch die bayerische Politik den nationalen Geist in der Pfalz zu stärken, so wissen wir, daß auch nicht einen geringen Anteil an dieser Politik unser heutiger Hof, Herr Graf Lerchenfeld, besitzt.

Weit über das Land Württemberg hinweg hat Bayern und ganz Süddeutschland große gemeinsame wirtschaftliche Interessen mit uns. Große technische Projekte sind in Vorbereitung und zum Teil in Ausführung, die eine lebendige Verbindung zwischen den süddeutschen Wirtschaftsgebieten herstellen. Wir sehen darüber hinaus das Bild eines einheitlichen geschlossenen süddeutschen Wirtschaftsgebietes. Und so wie uns auf diesem Gebiete des Verkehrs und der Wirtschaftspolitik große gemeinsame Linien verbinden, so haben die süddeutschen Länder auch in der deutschen Politik große gemeinsame Interessen zu vertreten. Wir Süddeutschen sind vielleicht besonders geeignet, in der deutschen Politik der Gegenwart eine führende Rolle zu spielen wegen der leidenschaftsloseren Art der Betrachtung inner- und außerpolitischer Dinge. Wir sind dazu berufen, den Einfluß aller deutschen Stämme auf den Gang der deutschen Politik sicher zu stellen und zu vertreten immer in dem Gedanken, daß an deren Spitze unserer politischen Forderungen die nationalen Interessen, die Förderung der Reichseinheit steht, der Reichseinheit, die durch die ganze Politik der letzten Jahre bedroht war, und um die es sich in letzter Linie and handelt, bei den wichtigsten und grundlegenden Verhandlungen, die jetzt zwischen den Regierungen der Erde in Genua geführt werden.

Alle unsere Gedanken richten sich ja eigentlich seit einer Reihe von Tagen nur nach Genua und nach dem, was wir von dort zu erhoffen haben. Ich glaube, es wäre eine falsche Hoffnung und war eine falsche Hoffnung, wenn der und jener geglaubt hat, daß es überhaupt möglich sei, daß nach der Lösung von Genua rasche und durchgreifende Erfolge herbeizuführen gewesen wären, daß so gewissermaßen eine Politik der getatenen Tauben möglich sei. Die Politik ist die Wissenschaft von der Geduld und die praktische Arbeit in der Politik Bedarf der Geduld, und nur vom Standpunkt dieser Geduld aus dürfen wir die Verhandlungen und die Ergebnisse der Verhandlungen in Genua betrachten. Wer ich glaube, sei es Ihnen wir heute schon erklären, daß eine gewisse Linie der zukünftigen Entwicklung heute schon erkennbar ist, erkennbar, wenn wir auch sehen, daß dieser Weg schmerzhaft und voll vieler Hindernisse sein wird. Aber wir alle haben doch den Eindruck, daß die Träger der deutschen Politik in Genua es verstanden haben, eine beherzte Politik dort zu vertreten, die Interessen Deutschlands, seine Ehre in Genua zu vertreten. Und so ist es verständlich, daß auch in einer ganz seltenen Einmütigkeit die öffentliche Meinung, auch der deutschen Presse, hinter den Männern steht, die in Genua für die deutschen Interessen wirken.

Kögen die Verhandlungen in Genua gehen und ausgehen wie sie wollen, so glaube ich, ist ein großer und bleibender Gewinn aus ihnen hervorgegangen; es ist die Feststellung, daß die Menschheit und die Weltwirtschaft nicht gesunden kann durch Gewalt und durch Drohung, sondern daß sie nur gesunden kann durch Verzicht und durch gegenseitige Hilfe. Diese Ansicht ist im Begriffe, sich durchzusetzen, und sie ist in letzter Linie auch das Motiv der deutschen Politik gewesen, die von den Männern getragen wurde, die jetzt in Genua deutsche Interessen zu vertreten haben.

Ich habe vorhin mit Freuden festgestellt, daß die öffentliche Meinung und die Presse mit einer großen Einmütigkeit hinter der Männern in Genua steht, und ich glaube, auch wir in diesem Maße wollen nicht verfehlen, uns mit derselben Einmütigkeit hinter sie zu stellen, mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen für Deutschland ein gutes und erfolgreiches Ende nehmen. Und in diesem Gedanken, die die Grundgedanken aller Politik sind, in dem Gedanken an das Vaterland, in dem Gedanken, daß alle politische Arbeit dem nationalen Wohle, der Einheit des Reiches zu dienen hat, wissen wir uns in Süddeutschland einig, und in diesem Geiste begrüßen wir auch den bayerischen Herrn Ministerpräsidenten hier in unserer Mitte.

Ich glaube, Sie alle, meine lieben badischen Landsleute, werden mit Freuden die Gelegenheit ergreifen, auf das Wohl des Landes Bayern, auf das Wohl des bayerischen Volkes und des bayerischen Herrn Ministerpräsidenten mit mir das Glas zu leeren.

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld:

Herr Staatspräsident! Meine sehr verehrten Herren! Der Herr Staatspräsident hat mich in so liebenswürdiger Weise hier willkommen geheißen, daß ich ihm von dieser Stelle aus meinen herzlichsten und wärmsten Dank aussprechen möchte für den Empfang, den ich hier in Karlsruhe als bayerischer Ministerpräsident und Vertreter des bayerischen Staates empfangen habe. Ein Empfang, wie er wirklich nicht schöner gedacht werden kann, ein Empfang, von einem alten stimmgewollenen Haus angefangen, in das ich gestern abend eingezogen bin, hinüber zu einem Tage, der mir die schönsten künstlerischen Eindrücke vermittelt, dann zu einem Kreis geführt hat, um mir in gewaltiger Weise den Willkomm der badischen Regierung zu vermitteln.

Der Herr Staatspräsident hat in kurzem die Richtlinien meiner Politik in völlig zutreffender Weise gezeichnet, und ich kann Sie versichern, daß mein Streben ist, diesen Richtlinien gerecht zu werden. Er hat dann weiter auf die benachbarte bayerische Provinz, unsere Pfalz angepielt. Die Pfalz, die beiden Ländern, Baden sowohl als Bayern, durch die geschichtliche Entwicklung besonders nahe steht, und an deren hartem Schicksal wir alle ganz besonders teilnehmen. Ich selber habe ja dort meine ersten Sporen als Verwaltungsbeamter verdient, ja ich kenne dieses sonnige Land aus der schönen Zeit, da noch die frohen Pfälzer unter sich waren, ich kenne aber dieses

Land auch von meiner Darmstädter Zeit her wieder als besetztes Gebiet. Diese Darmstädter Zeit hat mir auch Gelegenheit gegeben, hier in Karlsruhe persönliche Beziehungen zu knüpfen, Beziehungen, die ich heute wieder erneuern darf, und die ich sie stets gerne in meinem Gedächtnis bewahre, Beziehungen, wie sie auch für die politischen Verhältnisse in unserem Süden nützlich sein werden. Ich bin der Ansicht — und ich stimme da vollkommen mit dem Herrn Staatspräsidenten Dr. Hummel überein —, daß zwischen unseren süddeutschen Staaten besonders enge Beziehungen bestehen müssen, daß die süddeutschen Staaten in unserem großen deutschen Vaterlande und darüber hinaus, überall da, wo Deutsche wohnen, eine besondere politische Mission zu erfüllen haben. Denn es besteht nun einmal eine Mainlinie, es bestehen nun einmal keine Unterschiede zwischen unseren einzelnen Stämmen, zwischen dem Süden und dem Norden, und unsere Aufgabe hier im Süden muß es sein, diese Mainlinie zu verwirklichen, nicht zu dulden, daß eine Mainlinie sich politisch geltend machen kann. Das ist gerade heute in unseren Tagen von ganz besonderer Bedeutung. Wenn wir nach Genua blicken, wie das der Herr Redner getan hat, so ist es in der Sorge um die Entwicklung des deutschen Reiches in der nächsten Zeit, in der Sorge, ob es uns gelingen wird, endlich einmal aus der Atmosphäre des Hasses und der Feindschaft hinüberzukommen in die Atmosphäre eines gleichmäßigen Verkehrs mit den übrigen Völkern. Ich habe vorgestern bei meiner öffentlichen Rede in Würzburg zur auswärtigen Politik kurz ausgeführt, daß es nur einen Standpunkt für uns Deutsche geben könne, und der ist, geschlossen hinter unseren Unterhändlern in Genua zu stehen und jede Kritik beiseite zu lassen in einem Moment, wo alles im Flusse ist und wo es sich um Sein und Nichtsein handelt. Heute handelt es sich um nichts weniger als darum, das Erbe unserer Väter, das einige deutsche Reich, zu erhalten. In einem solchen Augenblicke muß meiner Ansicht nach auch alles Schweigen, was irgendwie zur Feindschaft innerhalb unseres Volkes führen könnte. Es ist wirklich notwendig, in diesen Tagen die Gegensätze zu verwischen, dafür zu sorgen, daß ein gegenseitiges Verständnis unter den einzelnen Volksteilen Platz greife, und daß aus den Parteierfahrungen keine Spaltungen und Risse im deutschen Volke entstehen können.

In diesem Sinne, glaube ich, lassen auch Sie, Herr Staatspräsident und Sie, meine sehr verehrten Herren, den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten in Karlsruhe auf. Ich hoffe, daß die Anknüpfung und die Erhaltung dieser persönlichen Beziehungen zwischen den Männern, die für unser deutsches politisches Leben verantwortlich sind, dazu dienen wird, das große Ziel zu fördern, die deutsche Einheit fester zu gestalten und uns über die Zeit der Not und Gefahr hinwegzuhelfen. Lassen Sie mich schließen, indem ich mein Glas leere auf das Wohl des badischen Nachbarlandes und auf das Wohl seines verehrten Präsidenten.

Politische Neuigkeiten. Die Konferenz von Genua.

Französisch-belgischer Protest gegen das Memorandum an Rußland.

Aus Paris berichtet das W.T.B.: Einer „Davaa“-meldung zufolge telegraphierte Poincaré gestern vormittag an die französische Abordnung in Genua, sie solle die alliierten Vertreter auf der Konferenz bitten, den Sowjetbemannungen nicht die im Unterausschuß für die russischen Angelegenheiten ausgearbeitete Denkschrift zu übermitteln, bevor das französische Ministerium davon Kenntnis genommen habe. Sollte darüber hinweggegangen werden, so sollten die allernötigsten Vorbehalte zu den in der Denkschrift enthaltenen Vorschlägen, besonders zu Artikel 6, gemacht werden. Poincaré ist der Ansicht, es sei für die franz. Regierung angebracht, sich über diesen Punkt ihre Entscheidung vorzubehalten, bis weitere Nachrichten eingegangen sind. Wenn Barthou nicht die gleiche ablehnende Haltung wie Jaspars zu Artikel 6 einnehmen wollte, so geschah dies, weil er glaubte, unüberwindlichen Widerständen in gewissen Konferenzkreisen zu begegnen. Jedenfalls ist Poincaré, der jede Meinungsverschiedenheit mit der belgischen Regierung als besonders angenehm betrachtet, entschlossen, die Angelegenheit als letzte Instanz zu entscheiden. Man versicherte sogar gestern abend, er werde weitere Instruktionen an die französische Abordnung in Genua senden, um vollständig den von Jaspars eingenommenen Standpunkt anzunehmen. Ferner hat Poincaré immer noch keine offizielle Einladung zur Teilnahme am Obersten Rat erhalten. Er ist auch weiter der Ansicht, daß eine derartige Zusammenkunft gegenwärtig nicht angebracht wäre. Man müsse den Verfalltag vom 31. Mai und die Entscheidung des Reparationsausschusses im Falle der Feststellung einer abschließlichen Verletzung Deutschlands abwarten. Jeder Meinungs-austausch über etwaige Sanktionen sei unter den gegenwärtigen Umständen zwecklos. Eine Debatte über den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo erscheint Poincaré verfrüht. Er ist der Meinung, es sei besser, die vollständigen und endgültigen Ergebnisse der Beratung abzuwarten.

Aber den belgischen Einspruch wird noch gemeldet: Der Widerspruch der Belgier gegen die Kompromißformel über das nationalisierte Eigentum in Rußland wird mit großer Schärfe aufrechterhalten. Obwohl die sämtlichen andern in der Unterkommission vertretenen Staaten sich der Kompromißformel angeschlossen haben, so Belgien somit ganz isoliert worden ist, erklären seine Vertreter, daß sie einen Verzicht auf die bedeutungslose Herausgabe des nationalisierten Besitzes in natura innerpolitisch nicht ertragen könnten. Heute morgen ging deshalb sogar das Gerücht, daß die Belgier die Konferenz verlassen würden. Das werden sie wohl nicht tun; aber sie wollen sich zunächst von allen Beratungen in Kommissionen fernhalten.

Aus Paris berichtet die „Frank. Jg.“ vom 2. Mai. Das von ihren juristischen Sachverständigen erstattete Gutachten über die Frage, ob der Vertrag von Rapallo eine Verletzung des Friedensvertrages darstellt, liegt jetzt der Reparationskommission vor. Deren Entscheidung geht, wie wir hören, dahin, daß von einer Verletzung des Artikels 260 — die anderen von Frankreich angezogenen Artikel 236 und 248 sind völlig unter den Tisch gekehrt — nicht gesprochen werden könne. Dagegen habe Deutschland eine „schwere Unkorrektheit“ (grave incorrection) gegen die Reparationskommission begangen, in-

dem sie diese nicht rechtzeitig von ihrer Absicht, einen Vertrag mit der Sowjetregierung zu schließen, unterrichtet habe. Die Reparationskommission wird diese Entscheidung vermutlich in irgend einer Form der deutschen Regierung zur Kenntnis bringen zugleich mit der Aufforderung, den Artikel 260, dessen Verpflichtungen Deutschland nur zum Teil nachgekommen sei, restlos zu erfüllen. Die Forderung, das Abkommen von Rapallo zu annullieren, wie dies von Frankreich angekündigt wurde, wird die Note der Reparationskommission nicht enthalten.

Artikel 260 betrifft die Abtretung der deutschen Beteiligungen an allen öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in Rußland, China, Osterrub. u. a. an die Reparationskommission. Diese mußte die dahin gehenden Forderungen jedoch innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages geltend machen. Die Art. 236 und 248 handeln davon, daß Deutschland seine wirtschaftlichen Hilfsmittel zuerst in den Dienst der Reparation zu stellen habe.

Poincaré.

Der Berichterstatter der „Daily Chronicle“ in Paris teilt mit, daß Poincaré vor den Vertretern der britischen Presse in Quai d'Orsay erschienen sei und hinsichtlich seiner von der englischen Presse kritisierten Rede in Bar-le-Duc und hinsichtlich seiner angeblichen Feindschaft gegenüber der Genueser Konferenz erklärte, das Zusammenwirken sei notwendig zwischen den Alliierten, die Unterzeichner des Versailler Vertrages seien. Seine Rede in Bar-le-Duc sei von England „mißverstanden“ worden, wenn man ihn beschuldige, mit dem Säbel zu rasseln. Seine Rede bedeute keineswegs eine Drohung des einen Alliierten gegen den andern. Frankreich wolle, loyal mit seinen Alliierten bei der Durchführung des Versailler Vertrages mitwirken. Wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, so würden die Alliierten gemeinsam wirken, welche Sanktionen oder Maßnahmen gegen es ergriffen werden müßten. Dies sei das Recht der Alliierten und auch das Recht Frankreichs, das den Friedensvertrag nicht allein durchzuführen beabsichtige.

Eine Erklärung Chamberlains.

Davaa meldet: In Beantwortung einer Anfrage sagte Chamberlain, die vorläufig von der Reparationskommission der deutschen Regierung angebotenen Bedingungen würden am 31. Mai hinsichtlich und für diesen Fall würden die Bestimmungen des Londoner Abkommens in Kraft treten. Die britische Regierung sei zu keiner militärischen Maßnahme in Verbindung mit Frankreich gezwungen, um die in dem Londoner Ultimatum vorgesehene Zahlungen einzutreiben. — In Beantwortung einer anderen Anfrage sagte Chamberlain, die Frage der Kriegsschuldigen bilde noch den Gegenstand von Besprechungen zwischen den beteiligten alliierten Regierungen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Haas in Genua.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas (Karlsruhe) ist am Montag in Genua eingetroffen. Er hatte Besprechungen mit dem Reichsfinanzler und dem Außenminister, die ihn über den bisherigen Gang und den Gegenstand der Verhandlungen in Genua unterrichteten.

Aus dem Reichsrat.

Der Reichsrat beschloß in seiner vorgetragenen Sitzung die Lage- und Abrechnungsarbeiten bei Dienststellen der Reichsbeamten um 100 Prozent zu erhöhen. Angenommen wurde der Entwurf einer Verordnung über die Einkommensteuern im Reichsverfassungsgesetz. Bisher wurden Eltern nur dann gewährt, wenn das Elternpaar oder eines der Eltern ein Mindesteinkommen von 3000 Mark hatte. Jetzt soll diese Grenze auf 9000 Mark bemessen werden. Ebenso erklärte sich die Vollversammlung einverstanden mit einer weiteren Bestimmung der Verordnung, die das Ruhen der Rente oder eines Teiles der Rente betrifft. Nach dem bisherigen Gesetz wird bei 5000 Mark Dienstlohn ein Zehntel der Rente gewährt und dann fortlaufend von Tausend bis Tausend Mark ein weiteres Zehntel, jedoch bei 14 000 Mark Dienstlohn ein ganzliches Ruhen eintritt. Nach der neuen Verordnung soll die Rente zur Ruhe kommen erst bei einem Mindesteinkommen von 18 000 Mark zu einem ersten Zehntel. Unter Anwendung der Bestimmungen des Reichseinkommensteuergesetzes soll dann das weitere Ruhen der Renten so gestaltet werden, daß ein unverheirateter kinderloser Rentner bei 27 000 Mark Einkommen eine Rente überhaupt nicht mehr beziehen würde. Abweichend von der Regierungsvorlage beschloß der Reichsrat, daß die Staffelung für das Ruhen der Rente auf je 2000 Mark für ein weiteres Zehntel bemessen wird. Danach würde erst bei 38 000 Mark Einkommen ein unverheirateter Kriegsschädigter keine Rente mehr beziehen. Die neue Verordnung soll vom 1. April ab gelten.

Angenommen wurde weiter ein Gesetzentwurf über Teuerungsmassnahmen für Militärenten. Der Entwurf soll die bisherigen Verwaltungsmassnahmen in gesetzgeberische Form bringen. Es sollen besondere Teuerungszuschüsse nicht allgemein, sondern nur an wirklich Bedürftige gegeben werden. Der Zuschuß wird im einzelnen abgestuft nach den Klassen der Schwerbeschädigten, der Witwen, der elternlosen Waisen, und es werden etwa die 3% bis 14fachen Beträge der bisherigen Zuschüsse gegeben werden. Die Ausführungen zum Umsatzsteuergesetz erlauben auf Grund der Steuerneue eine Anzahl von Umgestaltungen. Wichtig ist darunter die Bestimmung, daß die Grenze, bei der der Mangel einer Durchführung nicht als ein Verschulden angesehen wird, auf 120 000 Mark erhöht wird.

Schließlich erledigte der Reichsrat noch den Gesetzentwurf über Mieterschutz und Mietereingangsämter. Die Vorlage nimmt eine Trennung bezüglich der Behandlung von Kündigung und der sonstigen Entscheidungen der Mietereingangsämter vor. Über Kündigungen sollen lediglich die Amtsgerichte entscheiden, und als Revisionsinstanz die Landgerichte. In jedem Fall sollen die Anwaltskosten ersetzt werden und im Falle eines persönlichen Interesses des Vermieters eine Zwangsvollstreckung nur zulässig sein, wenn das Mietereingangsamt feststellt, daß für den Mieter ein angemessener Ersatz vorhanden ist. In seinem zweiten Teil will der Entwurf mehr als bisher die kommunalen Stellen mit gewissen gerichtlichen Sicherungen umgeben, und schließlich wird auch die Gebäurentfrage geregelt. Die Ausschüsse haben sich mit Mehrheit dahin entschieden, daß keine Verfassungsänderung vorliege, und im übrigen mehrere wichtige Änderungen vorgenommen. Die Amtsgerichte sollen Bestitzer aus Kreisen der Vermieter und Mieter hinzuziehen. Die Vollstreckungsaussfertigung eines Räumungsurteils darf nur erteilt werden, wenn durch eine Bescheinigung des Wohnungsamtes oder andere beglaubigte Urkunden ein Ersatzraum für den Mieter nachgewiesen ist. Eine dritte wesentliche Änderung läßt den Ländern freien Spielraum in der Anwendung des ersten Teils des Gesetzes. In Anlehnung an das Reichsmietengesetz wird bestimmt, daß die Landeszentralbehörde anordnen kann, daß gewisse Teile des Mietstromes von den Vorschriften des ersten Teiles des Gesetzes ausgenommen werden. Das Gericht kann jedoch auch hier anerkennen, wenn es sich darum handelt, ausreichenden Ersatzraum zu schaffen. Mit 35 gegen 28 Stimmen entschied sich das Plenum dahin, daß keine Verfassungsänderung vorliege und stimmte den Ausschlußbeschlüssen zu.

Die deutsch-amerikanischen Vorkriegsverträge.

Einer Neuerzählung aus Washington zufolge unternimmt das Staatsdepartement Schritte, um die Vorkriegsverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn betreffend das Patent- und Auslieferungsrecht, die Rechte der Schiffe in den Häfen und der Konsuln wieder in Kraft zu setzen. Die Friedensverträge mit den Ländern Mitteleuropas haben diese Inkraftsetzung innerhalb von sechs Monaten vorgezogen.

Ein Zwischenfall in Mainz.

Bei dem Maifesterzuge in Mainz hat sich ein ernsthafter Zwischenfall ereignet. Ein Automobil der Interalliierten Rheinlandkommission mit dem Chef der amerikanischen Geheimpolizei sowie einem amerikanischen Chauffeur war auf der Befolgung eines Frachtwagens besessen. Auf der Rheinstraße fuhr das Automobil mitten durch den Maifesterzug. Die Menge, die durch dieses rücksichtslose Fahren aufgebracht war, forderte den Chauffeur auf, zu halten. Der Chauffeur zog aber einen Revolver und drohte zu schießen. Ein junger Mann verlor die Waffe. Der Amerikaner wurde am linken Unterarm verletzt. Die Menge, welche glaubte, daß der Amerikaner geschossen habe, hieb auf den amerikanischen Geheimpolizisten mit Stöcken und Schirmen ein, so daß er verletzt wurde. Die Polizei stellte mit Hilfe besonnener Arbeiterführer die Ordnung wieder her. Aus den Vernehmungen der französischen Polizei geht unzweifelhaft hervor, daß die Schuld an dem Vorfall in dem rücksichtslosen Fahren des Automobils durch die Menge liegt.

Um die Dokumente Eisners.

Eisners angeblichen Anteil an der Schwere der Verfallener Bedingungen durch ein falsches Bekenntnis über Deutschlands Schuld am Kriege ist Gegenstand des Prozesses seines ehemaligen Sekretärs Hedendach gegen Gosmann, den Herausgeber der „Südd. Monatshefte“, der gestern in München begann. Der Privatkläger will den Vorwurf der Fälschung Eisners wegen ungenauer Veröffentlichung des besagten Berichtes der bayerischen Gesandtschaft vom 18. Juli 1914 anführen; sein Rechtsbeistand legte zum Beweis der angeblichen Doppelzüngigkeit der offiziellen deutschen Politik vor Kriegsausbruch die Abschrift eines angeblichen Briefes von Hertling an Hertling vom 9. Dezember 1914 vor, in dem es heißt: man müsse bei der Behauptung bleiben, Deutschland sei von der österreichischen Aktion ebenso überrascht worden wie alle anderen Mächte, und daher auf alle Fälle beizutreten, daß Hertling den Inhalt des österreichischen Ultimatus an Serbien vor seiner Überreichung kannte. Im Verlaufe des Prozesses äußerte sich Staatsrat von Wiesel über die Verächtlichkeit der Originalurkunden der betreffenden Gesandtenberichte, die er anordnete, um sie von den revolutionären zu schützen. — Graf Ledebur behauptete, der Schoenische Bericht, den er der Sage entsprechend gefunden habe, sei für „Wissende“ bestimmt gewesen, die genau wußten, daß weder Kaiser noch Kanzler einen allgemeinen Krieg wollten. Die Reichsregierung wollte das Ultimatum nicht kennen, um sich in den österreichischen Konflikt nicht einzumischen.

Graf Montgelas bestritt die neuerliche Behauptung, Österreich sei von Deutschland zum Krieg gedrungen worden, an Hand eines Telegramms des österreichischen Kaisers vom 31. Juli 1914. Abg. Dirr hob hervor, daß sich Barthou in der französischen Kammer gerade die Eisnerische Fassung des Schoenischen Berichtes zum Mittelpunkt der Beweisführung gegen Deutschland erkor. Prof. Delbrück sagte, es sei kein wahres Wort daran, daß Deutschland Österreich in den Krieg treiben wollte. Duidde äußerte, die ausgelassenen Stellen seien nicht nur eine Entlastung für die deutsche Regierung, sondern zum Teil auch kompromittierend.

Eine Tagung des Republikanischen Reichsbundes.

Der Republikanische Reichsbund hielt am Samstag und Sonntag in München seine erste Reichskonferenz ab, in deren Verlaufe Staatsminister a. D. Prof. Dr. Hugo Preuß in Berlin über die Notwendigkeit der republikanischen Verfassung für Deutschland sprach. Der Redner erinnerte daran, daß Demokratie kein Ziel, sondern ein Mittel ist. Auch die Reichsgründung Bismarcks war nicht möglich ohne jene demokratisch-nationale Bewegung. Die demokratische Idee mußte wieder elementar aufsteigen und in gewaltigem Drang alle Verhältnisse meistern, als die Nachmittage der Reichsgründung katastrophal zusammenbrachen. Die neue reaktionäre Gegenwelt in Deutschland ist gerade durch das Werk der westlichen Demokratie, die nicht zuletzt dank der Propagierung des demokratischen Gedankens uns niedergeworfen haben, entsetzt worden (Zustimmung). Dazu kommt, daß sich in der Überlieferung eine Art unwillkürlicher Vortriebe gebildet hatte, die für Deutschland den Staatsgedanken, den Gedanken politischer Gemeinschaft zusammenwarf mit dem Gedanken der lokalen Untertänigkeit unter einer Dynastie, obwohl doch diese Sonderstellung ein Hindernis für die nationale Einheit gebildet hat. Dem deutschen Volk ist auch die politische Wabe abgegangnen, aus sich selbst heraus seinen Staat zu schaffen: Die Politik machte die Obrigkeit und das Volk arbeitete. Und als sich diese Arbeitsteilung als unmöglich erwies, da wurde mit einem Schlag die große Masse des deutschen Volkes republikanisch. Welcher Art aber ist die nationale Einheit, die monarchistische Agitation, diese Zerperlung der nationalen Einheit, unter dem Schlagwort „deutschnationale Gefinnung“ zu betreiben! Das deutsche Volk muß sein Schicksal selber in die Hand nehmen. Deshalb ist die republikanische Staatsform eine absolute nationale Notwendigkeit. (Beifall.) Nachdem die alten obrigkeitlichen Bindungen von innen heraus und von außen nach innen geschwächt sind, kann nur das demokratische Zusammengehörigkeitsgefühl des Volkes unsere politische Existenz erhalten. Das heißt nichts anderes, als daß der demokratisch-republikanische Gedanke der Staatsgedanke schlechthin ist; daß der Gedanke der nationalen Gemeinschaft alle anderen überwiegen muß, auch die sonstigen Interessen der Parteien, die die republikanischen Staatsparteien sind. Hier liegt die Aufgabe des Republikanischen Reichsbundes. Die republikanische Staatsform ist eine nationale wie eine internationale Notwendigkeit und eine heilige nationale Pflicht für das deutsche Volk!

Die Rede fand stürmischen Beifall. Die Vertreter der demokratischen, der christlichsozialen, der sozialdemokratischen und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei erklärten ihre volle Zustimmung zu den Ausführungen von Preuß.

Kurze polit. Nachrichten.

* Beschaffung eines Abgeordneten. Wie der „Süddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mitgeteilt wird, ist der Landtagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei im Wahlbezirk Halle-Merseburg, Heidenreich, am Mittwoch in Düsseldorf von der Besatzungsbehörde verhaftet worden. Heidenreich war zu Anfang dieser Woche ins Rheinland gereist, um dort eine Reihe poli-

tischer Vorträge zu halten. Aber die Gründe seiner Verhaftung ist bisher nicht bekannt geworden.

* An die Sicherstellung des Brotes. Zurzeit finden im Reichsministerium für Ernährung über die Sicherstellung der Volksernährung, namentlich mit Brotgetreide, Verhandlungen statt. Man will versuchen, durch Abschluß direkter Verträge zwischen Produzenten und Verbrauchern eine Preisfestsetzung herbeizuführen. Sollten diese Verhandlungen nicht zum Ziele führen, so steht nach dem „Vorwärts“ die preussische Staatsregierung auf dem Standpunkt, daß eine Umlage in irgend einer Form eingeführt werde. Das preussische Staatsministerium hat sich grundsätzlich für die Beibehaltung der Umlage ausgesprochen.

* Tumultgehen in Berlin. Bei einer Kundgebung der städtischen Arbeiter vor dem Rathaus in Berlin, bei der verlangt wurde, daß die Stadtverordnetenversammlung ihre Zustimmung zu dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums gebe, kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei.

* Noch ein Waffenfund. Nach einer Sabas-Meldung aus Cappel sind 4 Kanonen 75er Kalibers, französischen Ursprungs, in Oberschlesien unmittelbar an der deutschen Grenze aufgefunden worden. Eine Unteruchung ist eingeleitet worden, um festzustellen, wie diese Kanonen der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin verheimlicht werden konnten, um in das Volksabstimmungsgebiet gebracht zu werden. (Anmerkung: Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Polen in Oberschlesien mit Waffen versehen sind, die niemals irgend einer Kontrolle der alliierten Regierungen unterzogen wurden.)

Badische Uebersicht.

Die Kontrolle der Erzeugerpreise.

P. A. An das Reichswirtschaftsministerium werden häufig Eingaben von Einzelpersonen oder privaten Organisationen gerichtet, in denen um eine wirksame Kontrolle der Erzeugerpreise ersucht wird. In einem Schreiben an das badische Ministerium des Innern weist das Reichswirtschaftsministerium, das nicht in der Lage ist, alle diese Eingaben einzeln zu beantworten, erneut darauf hin, daß es seit seinem Bestehen in der gewöhnlichen Richtung tätig ist.

Von den zentral bedienten Waren, die für das Reichswirtschaftsministerium in Betracht kommen, werden für Kohle, Kali, Zement, Schwefelsäure und die dem Geschäftsbereich des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft unterstehenden Düngemittel ebenso auch für Roheisen die Gesteinskosten vom Reichswirtschaftsministerium laufend festgestellt und Höchst- bezw. Mindestpreise angeordnet. Für nicht bewirtschaftete Waren werden Erhebungen über die Gesteinskosten vorgenommen; im Wege der Verhandlungen, gegebenenfalls auch durch Strafandrohung wird auf ordnungsmäßige Preisbildung hingewirkt. Mit den Verbänden der Industrie, des Groß- und Kleinhandels steht das Reichswirtschaftsministerium in ständiger Fühlung, um die Beobachtung einer gerechten Preisbildung und zweckentsprechender Lieferungs- und Zahlungsbedingungen zu erreichen.

Von der polnischen Regierung zurückgehaltene „Steuerfischerheiten“.

P. A. Entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages soll den Opanten bei ihrer Auswanderung aus den jetzt politischen Landesteilen sogen. „Steuerfischerheiten“ von der polnischen Regierung abverlangt worden sein und noch abverlangt werden. Um einen Überblick über die Höhe der Beträge — außer Barbeträgen kommen für diese Zwecke auch eingetragene Zwangshypotheken in Frage — zu gewinnen und Maßnahmen gegen diese Zurückbehaltung vorbereiten zu können, sind Angaben der aus Polen nach Deutschland Ausgewanderten oder noch auswandernden Opanten dringend erwünscht. Die von diesen „Steuerfischerheiten“ betroffenen Personen werden gebeten, entsprechende Mitteilungen möglichst bald an die zuständigen Bezirksämter gelangen zu lassen.

Die Neuanpflanzung von Topinamburs.

In Übereinstimmung mit einem Beschluß des Landtags hat das Ministerium des Innern die Neuanpflanzung von Topinamburs über den selbstherrlichen Umfang hinaus verboten. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden nachdrücklich verfolgt werden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 33 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen; des Staatsministeriums: der Volksgesundheits- und Polizeiverwaltung; des Innenministeriums: des Innern; Ausbau von Topinamburs; die Arzneiartzei. — Verordnungen.

DZ. Mannheim, 2. Mai. Der Landesverband der badischen Gewerbe- und Handwerkervereine hält seine diesjährige Landesversammlung in Verbindung mit der Feier des 50jährigen Jubiläums des Gewerbevereins Mannheim in den Tagen vom 9.—12. Juni in Mannheim ab.

DZ. Baden, 1. Mai. Der König von Schweden, der zur Zeit auf Schloss Baden weilt, hat kürzlich bei Nizza einen Autounfall erlitten. Durch Röntgenaufnahme wurde hier festgestellt, daß der Unfall ernstere Folgen hatte, als ursprünglich angenommen wurde. Es wurde ein Bruch der drei Rippen links vorn mit Bluterguß in die Brustmuskelatur festgestellt, deren Heilung jedenfalls längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Der König muß vorerst noch hier verbleiben, da ärztlicherseits unbedingte Ruhe für notwendig gehalten wird. Die Rückreise nach Schweden ist bis auf weiteres verschoben worden.

DZ. Bühl, 29. April. Der „Acher- und Bühlener Bote“ berichtet folgendes: Am vergangenen Sonntag vormittag gingen die 11jährige Ruth Steiert und ihr 10jähriger Bruder Walter auf der Waldwiese dahin, als plötzlich ein Schuß fiel und die 11jährige Ruth getroffen zusammenfiel. Sie hatte eine schwere Verletzung an der Wange erlitten. Das Geschöß rührte nach übereinstimmender Ansicht der Ärzte von einem 18er Militär-gewehr oder Karabiner her und dürfte schon aus 4—600 Meter Entfernung abgeschossen worden sein. Anscheinend handelt es sich um einen Wilderer.

DZ. Offenburg, 2. Mai. Wie die „Offenburger Zeitung“ meldet, ist die französische Besatzung aus einem Teil des Brückenkopfes Wehl zurückgezogen worden. Statt der örtlichen Wachen in einzelnen Gemeinden wird jetzt der Nacht- und Kontrolldienst durch Patrouillen versehen. Eine sichere Begründung hat diese Maßnahme bisher noch nicht gefunden, sicherlich liegt aber ein gewisser Wechsel des Systems vor. So soll man beabsichtigen, in einer Mühle bei Willstätt eine Wachzentrale zu schaffen, von der aus die Patrouillen ihre Kontrollgänge unternehmen. Es soll auch beabsichtigt sein, diese Mühle zu einer Kaserne auszubauen.

DZ. Offenburg, 1. Mai. Gestern wurde die Leiche des Schutterwälder Mörders Heuberger in Willstätt bei Wehl am

Ringgraben aufgefunden. Die Leiche war ohne Kappe, ohne Schuhe und Strümpfe. In einer Posttasche fand man noch 1100 Mark und eine Photographie von Heuberger. Da die Leiche schon stark in Verwesung übergegangen war, nimmt man an, daß Heuberger bald nach der Tat sich selbst gerichtet hat. Seine schreckliche Tat wird noch in aller Erinnerung sein. Seine Frau und seine Schwägerin hatte er ermordet und dann sein Anwesen angezündet. Eifrig fahndete man nach dem Mörder, jedoch vergebens suchte man nach ihm. Er hat sich selbst gerichtet.

DZ. Singen, 29. April. Hier ist man einer größeren Schiebergesellschaft auf die Spur gekommen, an der sich ein in der Bodenseegegend als Schieber bekannter Kaufmann von Singen sowie zwei weitere Kaufleute beteiligten. Der Hauptbeschuldigte war erst vor kurzem von der Konstanzener Sitzsammer wegen eines gleichen Vergehens zu einer recht empfindlichen Strafe verurteilt worden. Er ist flüchtig, vermutlich ist er nach Österreich gegangen.

DZ. Konstanz, 1. Mai. Auf der gestrigen Tagung des Bezugsrats der christlichen Gewerkschaften führte Staatsminister a. D. Stegerwald über die Genauigkeit u. a. folgendes aus: In Genua streiten sich zwei Weltanschauungen. Die eine vertritt den Standpunkt, daß Europa den wahren Frieden braucht, die andere will den militärischen Sieg Frankreichs dahin ergänzt wissen, daß Frankreich die politische und militärische Vorherrschaft in Europa zufällt. Frankreich denkt politisch, England und Amerika denken überwiegend wirtschaftlich. Frankreich befürchtet, daß der in dem deutsch-russischen Vertrag aufgestellte Grundsatz allgemein anerkannt wird, und versucht daher, die Konferenz zu sabotieren. Nun hat aber Deutschland viel zu bieten auf dem Gebiete der technischen Notwendigkeiten. Diese Tatsache muß nachdrücklich in den Dienst der Außenpolitik eingestellt werden. Wir müssen erstens eine Atempause verlangen, zweitens eine Anleihe, damit unsere wirtschaftliche Lage wieder in Ordnung gebracht werden kann und die nötigen Energiequellen geschaffen werden können, aus denen die Reparationen zu leisten sind. Allein schon aus diesem außenpolitischen Grunde ist eine starke Einheitsfront bei uns nötig. Unser Bestreben muß es heute sein, nicht unter Fremdherrschaft zu kommen. — Im übrigen verweisen wir auf den Bericht über die Rede Stegerwalds in Freiburg.

DZ. Konstanz, 29. April. Die hiesigen Metzgermeister haben beschlossen, einen Preisabschlag von 2 M. pro Pfund eintreten zu lassen.

Aus der Landeshauptstadt

Stadtratsbericht.

Erhöhung des Straßenbahntarifs. Die fortgeschrittene Geldentwertung und die sich daraus ergebende Erhöhung der Materialpreise und Steigerung der Löhne und Gehälter hat ein weiteres Anwachsen des Aufwandes für den Betrieb der städt. Straßenbahn zur Folge. Zur Deckung für diesen Mehraufwand hat der Stadtrat eine Erhöhung des Tarifs dahin beschlossen, daß im Verkehr auf Parafahrplänen die jetzt geltenden Preise von 2 M. bezw. 3 M. auf 2 M. 50 Pfg. und 4 M. herabgesetzt werden. Die übrigen Fahrkartensätze erfahren dementsprechend einen 20- und 30prozentigen Aufschlag. Die Altersgrenze für die Preisfahrt von Kindern wird bis zum 6. Lebensjahr ausgedehnt; vom 6. bis 10. Lebensjahr werden je 2 Kinder mit ihren Eltern auf eine Fahrkarte befördert. Das Monats-Einkommen, das den Befehlung zum Besuche der Lehrlingswochenkarte berechtigt, wird von 300 M. auf 500 M. erhöht.

Aus den eingangs erwähnten Gründen wird auch eine mögliche Erhöhung der Fahrpreise bei der Karlsruher Lokalbahn beschlossen. Der Bürgerausschuß wird um Zustimmung zum Stadtratsbeschluß ersucht werden.

Der Sommerfahrplan der städtischen Straßenbahn wird mit Wirkung vom 15. Mai ab genehmigt. Ohne in der Linienführung Änderungen vorzunehmen, soll der Fahrplan dafür Sorge treffen, daß die Wagen der einzelnen Linien, soweit sie in der gleichen Richtung fahren, einen geregelten Abstand von einander erhalten.

Reorganisation der ärztlichen Tuberkulosefürsorge in Karlsruhe. Der Stadtrat beschließt die Errichtung einer ärztlichen Beratungs- und Fürsorgestelle für Tuberkulose im städt. Krankenhaus, die mit einem Sacharzt als hauptamtlichen Leiter zu besetzen ist.

Quäkertätigkeiten. Die „Amerikanische Gesellschaft der Freunde“ und der mit ihr arbeitende Ausschuß von Amerikanern (Komitee für die 3 Millionen Dollar Spende) hat der amerikanischen Kinderhilfsmission in Berlin eine Geldsumme zur Verwendung für eine Bekleidungsliste übermittelt und mit der Durchführung dieser Aktion die Kinderhilfsmission der Quäker betraut. Der Stadtrat Karlsruhe hat dabei zur Verteilung an bedürftige Kinder bis zu 14 Jahren zugeeilt worden: 3400 Paar wollene Strümpfe und 3400 Stück wollene Hemden. Die Verteilung geschieht nach Maßgabe der Richtlinien des Deutschen Zentralausschusses für die Auslandshilfe in Berlin durch den beim städtischen Fürsorgeamt gebildeten Wohlfahrtsausschuß (Ausschuß für Auslandshilfe). Der Stadtrat nimmt von dieser hochwillkommenen Zuwendung mit dem Gefühl herzlichster Dankbarkeit Kenntnis und erblickt darin mit Befriedigung einen neuerlichen Beweis für die fortschreitende Verbreitung des Geistes der Verschämtheit unter Kameraderen und Wäldern. — Er beschließt, der amerikanischen Kinderhilfsmission der Quäker in Berlin für die hochherzige Spende im Namen der bedürftigen Kinder der Stadt Karlsruhe zur Übermittlung an die edlen Menschenfreunde in Amerika wärmsten Dank auszusprechen.

Gebührenerhöhungen. Verschiedene, nicht ortstatutarische Gebühren aus dem Geschäftsbereich des städt. Tiefbauamtes werden mit Rücksicht auf die weitere Steigerung von Arbeits- und Fuhrlohn erhöht. Näheres wird durch das städtische Tiefbauamt bekanntgegeben.

Die Badischen Lichtspiele bringen in dieser Woche einen Film „Der erste Kreuzzug“. Man schreibt uns dazu: Wenn dieser Bildstreifen auch in gewissen Sinne als Spielfilm anzusprechen ist, so vermittelt er doch eine so außerordentliche Menge geschichtliche und kulturgeschichtlicher Anschauung, daß das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht ihn für Vorfahrungen für die Jugend innerhalb- und außerhalb der Schule ausdrücklich empfiehlt und ihn gleich den Lehrfilmen im engsten Sinne in die Reihe der Filme einreicht, für welche es Befreiung von der Vergnügungssteuer befürwortet. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht schreibt: Die Jugend wird eine geistige Bereicherung aus Vorfahrungen des Bildstreifens gewinnen, schon wegen der ästhetischen Schönheit der Bilder, in jedem Fall wegen der Vereinerung der Phantasie durch prächtige Einzelindrücke. Eine unterrichtliche Behandlung des Bildstreifens nach der Festlegung müßte freilich das Wahre und Wirkliche in der Geschichte der Kreuzzüge von der phantastischen Um- und Ausgestaltung im Film scheiden. In deutschen Lehrbüchern können die Anreize, die der Bildstreifen für die unseren Schulen sonst völlig fremdbleibenden Dichtung Laffos bietet, zu Anknüpfungen für die deutsche Literatur (Laffos, Goethe) führen.

Ämtliche Bekanntmachung.
Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betreffend.
 Nachdem in der Gemeinde Leopoldshafen die Maul- und Klauenseuche erloschen ist, werden die unterm 1. März 1922 angeordneten Schutzmaßnahmen hiermit aufgehoben.
 Karlsruhe, den 25. April 1922. D. 3. 54
 Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betreffend.
 Nachdem in Darglanden die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:
 A. Sperrbezirk.
 Der Stadtteil Darglanden bildet einen Sperrbezirk i. S. der §§ 161 ff. der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Reichsviehseuchengesetz mit der Erleichterung, daß mit Vieh aus seuchefreien Ställen gefahren werden darf.

B. Beobachtungsgebiet.
 Um den Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz bestehend aus dem Stadtteil Grünwinkel und dem Gelände beim Rheinshafen östlich bis Bahnhofsstraße; nördlich bis Gemarkungsgrenze Knieflingen gebildet.
 C. 15 Km. Umkreis.
 In dem Umkreis von 15 Km. vom Seuchenort Darglanden entfernt (§ 168 der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz) fallen folgende Gemeinden: Anielingen, Welsch und Teufschneureut, Eggenstein, Jagelsfeld, Durlach, Ettlingen, Wolfartsweier, Ettlingenweiler, Bruchhausen, Durmersheim, Neuburgweier, Waghau, Wörth und Au a. Rh.
 Karlsruhe, den 29. April 1922. D. 3. 58
 Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betreffend.
 Nachdem in der Gemeinde Spöck die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:
 A. Sperrbezirk.
 Die Gemeinde Spöck bildet einen Sperrbezirk i. S. d. r. §§ 161 ff. der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Reichsviehseuchengesetz, mit der Erleichterung, daß mit Vieh aus seuchefreien Ställen gefahren werden darf.

B. Beobachtungsgebiet.
 Um den Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz bestehend aus den Gemeinden Friedrichstal und Staffort sowie aus den Gemeinden Neuthard und Wichenau des Amtsbezirks Bruchsal gebildet.
 C. 15 Km. Umkreis.
 In dem Umkreis von 15 Km. vom Seuchenort Spöck entfernt (§ 168 der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz) fallen folgende Gemeinden: Blankenloch, Büchig, Eggenstein, Graben, Jagelsfeld, Hochstetten, Leopoldshafen, Leopoldshausen und Rinkenheim.
 Für den Sperrbezirk, Beobachtungsgebiet und den 15 Km. Umkreis gelten die gemeinsamen Vorschriften der §§ 162—164 der Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz.
 Karlsruhe, den 29. April 1922. D. 3. 59
 Bezirksamt Abt. II.

Bekanntmachung.
 Gemäß § 12 der Geschäftsordnung der badischen Anwaltskammer wird bekanntgegeben, daß das Ehrengericht auf die Dauer der nächsten zwei Jahre aus folgenden Rechtsanwältinnen besteht:
 1. Jutt, Karlsruhe, Vorsitzender.
 2. Kusel, Karlsruhe, stellv. Vorsitzender.
 3. Dr. Gadenburg, Mannheim.
 4. Sinauer, Freiburg i. Br.
 5. Dr. Bielefeld, Karlsruhe.
 Die Reihenfolge, in welcher die übrigen Mitgliedinnen des Vorstandes als Ersatzrichter einzutreten haben, wurde wie folgt bestimmt:
 Dr. Dieb, Karlsruhe.
 Otto Gutman, Karlsruhe.
 Händel, Karlsruhe.
 Linde, Mannheim.
 Dr. Hermann Nombach, Offenburg.
 Friedolin Scheidt, Konstanz.
 Dr. Deuffsch, Mannheim.
 Dr. Emil Selb, Mannheim.
 Dr. Ludwig Haas, Karlsruhe.
 Dr. Otto Schuch, Heidelberg.
 Karlsruhe, den 28. April 1922. R. 115
 Der Vorstand der badischen Anwaltskammer:
 Jutt, Vorsitzender.

Krankentasse der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten in Baden.
Einladung
 zu der am Samstag, den 27. Mai 1922, nachmittags 1 Uhr, in Karlsruhe im Hause des Badischen Beamtenbundes (Königsanlage 19) stattfindenden
ordentl. Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr.
 2. Kasienbericht und Bericht der Rechnungsprüfer.
 3. Wahl der Rechnungsprüfer.
 4. Satzungsänderungen.
 Der Vorstand.

Badisches Landestheater.
 Mittwoch, 3. Mai 7—9 Uhr 25 Mk.
 Th.-Gem. B.V.B. Nr. 801—1000 V. Vorstellung im Kammerpiel-Zyklus:
 Zum 1. Mal: **Das Kind.**
 Komödie in 3 Akten von Ottomar Enking.

Badisches Landestheater.
 Donnerstag, 4. Mai 7 b. g. 10 Uhr. 40 Mk.
 Abonnement E 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1901—2100.
 Zum ersten Male: **Schahrazade.**
 Oper in 3 Akten von Bernhard Sekles.
 Dichtung von Gerdt von Bassewitz.

Badischer Baubund G. M. B. H.
 Gemeinnütziger Möbelvertrieb
 Telefon 5157 Karlsruhe am Rondellplatz

BAUBUND-MÖBEL!
 in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.
 Eigene Verkaufsstellen:
 KARLSRUHE, Karlfriedrichstr. 22.
 FREIBURG, Kaiserstraße 27.
 BRUCHSAL, Gewerbehalle a. Markt.
 PFORZHEIM, Theatersir. 15.
 OFFENBURG, Steinsir. 2.
 MOSBACH, Hauptstr. 12.
 SINGEN a. H., Scheffelstr. 25.
 KONSTANZ, Rosgartenstr. 31.
 R. 937

Besteck, Tafelmesser, Gabeln, Rasiermesser und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel usw. empfiehlt in großer Auswahl
Karl Hummel, 13 Werderstraße 13
 Rasiermesserfabrikation.

Dresdner Bank
 Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M.
 Rückstellungen: 400 Millionen M. :-
 Niederlassungen in Baden:
Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B. :: Konstanz
 Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-
 R. 959

Familienversorgung.
 Sicherheit im Todes- und Erbensfall gibt nur die Lebensversicherung.
Preuß. Beamten-Verein in Hannover
 Lebensversicherungsverein a. S. für jeden Beamten und Angestellten, auch für die freien Berufe (Arzte, Apotheker, Architekten, Ingenieure, Rechtsanwälte usw.).
 Gegr. 1876. Versicherungsbestand 665 000 000 M.
 Keine Agenten! Ersparung sämtlicher Provisionen!
 Daher niedrigste Prämien!
 Keine Teuerungszuschläge! Keine Aufnahmegebühren!
 Größte Sicherheit und günstigste Bedingungen.
 Drucksachen und jede gewünschte Auskunft unter Bezug auf diese Anzeige kostenlos.

Bekanntmachung.
 Die Stadtgemeinde Furtwangen beabsichtigt das Hofgut Ruffenhof in der Nähe der Stadt (Größe 21—22 Hektar) einschließlich der darauf ruhenden Brandentschädigung zu verkaufen.
 Die öffentliche Versteigerung findet am Mittwoch, den 10. Mai 1922, nachmittags 2 Uhr, statt. Die Bedingungen können beim Bürgermeisteramt eingesehen werden, wofolbst auch nähere Auskunft wegen Befichtigung eingeholen ist.
 Furtwangen, den 27. April 1922. R. 228
 Der Gemeinderat.

Bei der **Städt. Sparkasse Schopfheim** ist die Stelle des **Gegenbuchführers (Kontrolleurs)** sofort zu besetzen. Der Inhaber des Postens wird mit der stellvertretenden Besorgung der Kassiergeschäfte betraut. Besetzung nach Gruppe VII, mit Aufzählungsmöglichkeit nach Gruppe VIII. (Ortsklasse B). Für die Besetzung kommen nur Bewerber nicht unter 25 Jahren, mit gründlichen Kenntnissen und mehrjähriger praktischer Erfahrung im neuzeitlichen Sparkassenwesen in Betracht.
 Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf sind innerhalb 8 Tagen einzulegen.
 Schopfheim, den 25. April 1922.
 Verwaltungsrat der Städt. Sparkasse.

DER EINKAUF VON FARBBÄNDERN UND KOHLERAPIEREN IST GRÖSSTE VERTRAUENSACHE!
WEG
 GESETZLICH GESCHÜTZTE MARKEN
 DIE GEWISSENHAFTEN CHEMISCHEN PRÄPARATE!
 GOSBERT WEINSCHENK, NÜRNBERG, BÖNERSTR. 15, RUF. 5059

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Konstanz, R. 155
 Güterrechtsregister Band II Seite 303: Haas, Hermann, Mechaniker in Konstanz, und Karolina geb. Schneider. Vertrag vom 24. März 1922: Gütertrennung.
 Güterrechtsregister Band II Seite 304: Lehmann, Robert, Prokurist in Konstanz, und Maria geborene Michels. Vertrag vom 21. April 1922: Errungenschaftsgemeinschaft des B. G. B. Vorbehaltsgut der Frau ist das in §§ 2 und 4 des Vertrages bezeichnete Vermögen.
 Konstanz, 26. April 1922. Bad. Amtsgericht 1.

Mannheim, R. 169
 Zum Güterrechtsregister Band XIV wurde heute eingetragen:
 1. Seite 475: Richter, Paul, Maler, und Rosa geb. Joachim in Mannheim-Neudorf. Durch Vertrag vom 21. Februar 1922 ist Errungenschaftsgemeinschaft vereinbart. Vorbehaltsgut der Frau ist ihr in § 2 bezeichnetes Vermögen, ebenso alles, was sie in Zukunft von Todeswegen oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder als Ausstattung erwirbt.
 2. Seite 476: Köhler, August, Steuermann, und Christine geb. Wilhelm in Mannheim. Vertrag v. Gebildete dipl. tüchtige **Schweizer** sucht Privatpflege. Zu erfragen bei Frau Joller, Rüppurr, Rosenweg 54.
Arzt gesucht.
 Die Arztstelle in Strümpfelbrunn, Amt Oberbach, wird zur Verberbung ausgeschrieben. R. 230
 Es handelt sich um eine einträgliche Landpraxis in acht Winterhauchgemeinden.
 Ein Doktorwohnhaus mit Stallung und Garten ist vorhanden.
 Tüchtige zur Praxis zugelassene Ärzte wollen sich bis 15. Mai d. J. unter Vorlage von Zeugnissen bei der unterzeichneten Stelle schriftlich melden.
 Strümpfelbrunn, den 29. April 1922.
 Bürgermeisteramt: **Frög.**
 Beim Bezirksamt Neustadt/Schwarzwald ist auf 15. Mai 1922 eine **Kanzleihilfenstelle** gegen gefällige Vergütung zu besetzen. R. 140
 Bewerber aus der Zahl der Militärämter (Inhaber des Zivilberufungsbescheides) wollen sich unter Vorlage ihrer Militär- und sonstigen Dienstzeugnisse, sowie eines selbstverfaßten und selbstgeschriebenen Lebenslaufes beim Bezirksamt Neustadt/Schwarzwald melden.
 Der Kaminfegerbezirk II des Amtsbezirks Bruchsal, umfassend die Gemeinden Kronau, Langenbrücken, Ringolsheim, Neuenburg, Oberwiesheim, Odenheim, Östringen, Stettfeld, Unterwiesheim und Zeutern, mit dem Sitz in Langenbrücken, ist neu zu besetzen und wird hiermit zur Verberbung ausgeschrieben. Die Bewerbungen sind bis längstens 1. Juni 1922 beim Bezirksamt schriftlich einzureichen. Hierbei sind — nach § 7 der Kaminfegerordnung vom 29. November 1921 — anzugeben: Name, Geburts- und Wohnort, Alter, Familienverhältnisse, Vorbildung und Tätigkeit seit dem Zeitpunkt der Prüfung. Bezugslofen sind in Urchrift oder in glaubwürdiger Abschrift: 1. das Geburtszeugnis, 2. das Zeugnis über die bestandene Prüfung, 3. ein polizeiliches Zeugnis über die Beschäftigung seit dem Zeitpunkt der Prüfung, 4. ein bezirksärztliches Zeugnis über das Vorhandensein der für die Ausübung der Tätigkeit erforderlichen Gesundheit und körperlichen Eignung. R. 139
 Das Bezirksamt prüft die eingegangenen Bewerbungen und legt diese mit den Zeugnissen dem Landesoberbeamten zur Entscheidung vor.
 Bruchsal, 29. April 1922. Bezirksamt.

Widensfarrenversteigerung
 Die Gemeinde Huttenheim versteigert am Donnerstag, den 4. Mai, vormittags 10 Uhr, im Rathaus, einen schweren fetten Widensfarren gegen Barzahlung. R. 232
 Huttenheim, 1. Mai 1922. Der Gemeinderat: **Wied, Bürgermeister.**

Arbeitsvergebung
 nach Finanzministerialverordnung vom 3. Jan. 1907: Neubau der orthopädischen Anstalt in Heidelberg. R. 95, 21

meinschaft gemäß §§ 1519 ff. B.G.B. Der Frau ist das in § 2 des Vertrages näher beschriebene Einbringen, desgleichen all das Vermögen, welches sie künftig durch Erbschaft, Schenkung oder sonstigen unentgeltlichen Titel erhält, als Vorbehaltsgut erklärt.
 Oberkirch, 20. April 1922. Bad. Amtsgericht.

Bereins-Register.
Durlach, Vereinsregister.
 Am 24. April 1922 eingetragen: **Tennisclub Durlach e. V.** in Durlach. Amtsgericht. R. 71
Wullendorf, R. 156
 In das Vereinsregister wurde heute eingetragen: **„Obstbauverein Wullendorf“** mit dem Sitz in Wullendorf. Die Satzung ist am 23. April 1922 errichtet. Erster Vorstand: **Fritz Kohnkecht**, Landwirt in Wullendorf. Zweiter Vorstand: **Gebhard Knoll**, in Waldbeuren, als Stellvertreter.
 Wullendorf, den 24. April 1922. Bad. Amtsgericht

Schweizingen, R. 130
 Vereinsregister eintrag unter D. 3. 24: **Gesellschaft der Ärzte im Bezirk Schweizingen** in Schweizingen.
 Schweizingen, den 27. April 1922. Amtsgericht 2.

XI Beton- und Wandbeläge (c. Terrazzoarbeiten) XV. Schloßarbeiten XVI. Anstreicher- und Malerarbeiten.
 Unterlagen hierfür auf dem Baubüro in Schlierbach, wofolbst auch die Angebote bis zum 8. Mai d. J., vorm. 10 Uhr, einzureichen sind und deren Eröffnung stattfindet. Zuschlagsfrist 4 Wochen.
 An der Baustelle ist zu verkaufen:
 1. Troadenschuppen mit Lattengelassen für Bausteine,
 1. Troadenschuppen zum Aussehen für Bausteine (für Biegelstein geeignet).
 Angebote auch hierfür zum gleichen Zeitpunkt einzureichen.
 Schlierbach, den 27. April 1922.
 Die Bauleitung: **i. A. ges. A. v. e. m. a. r. g.**
 Lieferung genehmeter Träger u. dergl. für die Wandstraßenunterführung bei Prof. 23+42 der Bahn Titisee—St. Märien, etwa 25 t Flußstein frei nach Bahnhof Titisee nach Verordnung des bad. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Zeichnung u. Bedingungenheft sind bei uns einzusehen. Abgabe des Bedingungenheftes ohne Zeichnung gegen 26 Mark Kostenerfolg, nach auswärts 30 M. Angebote mit der Aufschrift: **Eisenlieferung Brücke Titisee—St. Märien** bis spätestens 15. Mai 1922, vormittags 10 Uhr, verschlossen u. postfrei bei uns einzuwenden. Karlsruhe, 27. April 1922.
 Baubüro der Eisenbahngeneraldirektion (Markgräf. Palais, Karlfriedrichstr. 2, St. Zimmer Nr. 17.)

Das Haus des Vertrauens
 Alle Artikel zum Frühjahrsputze. A. 234
 Karlsruhe Kaiserstr. 36a **Gebo-Seifenhaus** Rastatt Marktplatz